

Anfrage von Katrin Werner, MdB, an die Bundesregierung

Gerade ländliche Regionen in Rheinland-Pfalz sind oft von der Mobilfunkversorgung abgeschnitten. In der Südwestpfalz (26,5%) und im Landkreis südliche Weinstraße (25,5%) liegen jeweils über ein Viertel der Rasterzellen in der Kategorie „Kein Netz“. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm (23,5%) oder im Kreis Bad Dürkheim (22,9%) sieht es kaum besser aus. In zwölf Landkreisen sind 10% oder mehr der Rasterzellen ohne Netz, landesweit sind es 11% (35.074 Rasterzellen). Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf Fragen von Katrin Werner, LINKEN-Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz, hervor. Demnach besteht nur im Rhein-Pfalz-Kreis eine vollständige Netzabdeckung.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es sich hierbei um Rasterzellen, nicht um Haushalte handelt und dass die einzelnen Rasterzellen jeweils unterschiedlich viele Haushalte abdecken. Sieht man sich Zahlen aus dem November vergangenen Jahres an, zeigt sich jedoch, dass z. B. im Eifelkreis die Versorgung, gemessen an den Haushalten noch schlechter ist. Andererseits legt ein Vergleich mit diesen Zahlen nahe, dass die Versorgung eher in den größeren Städten und deren Umland gut ist. So verfügten Ende 2019 in den kreisfreien Städten die allermeisten Haushalte über Mobilfunk am Wohnort. Die „weißen Flecken“ liegen eher in dünn besiedelten Flächen im ländlichen Raum. Dort gibt es weniger potentielle Kund*innen. Für Unternehmen ist es entsprechend weniger attraktiv hier zu investieren, oder kurz gesagt: der Markt regelt es nicht.

Rasterzellen dienen zur Erfassung der Mobilfunkabdeckung. Wenn in einem der Planfelder mehr als die Hälfte der Haushalte nicht mit 3G oder 4G versorgt wird, zählt die Zelle in die Kategorie „Kein Netz“. Die Angaben beziehen sich auf den Breitbandatlas des Bundes.

Katrin Werner, DIE LINKE:

„Die Zahlen zeigen, dass es in fast allen Landkreisen an Handymasten fehlt. Es gibt dort überhaupt keine Anbieter. Ohne Mobilfunk drohen Regionen wirtschaftlich abgehängt zu werden. Gesellschaftliche Teilhabe und selbst grundlegende Notwendigkeiten, wie ein Notruf bei Gefahr, sind ohne Handynetz erschwert oder gänzlich unmöglich. Bund und Land müssen sicherstellen, dass eine vollständige Netzabdeckung erreicht wird.“

„Der Mobilfunkausbau darf nicht dem Markt überlassen werden. Das Ergebnis davon sehen wir gerade. Die Landesregierung will das Thema mit einem Runden Tisch angehen, jedoch lässt sich keine Verbesserung erkennen. Land und Bund müssen hier stärker steuernd eingreifen.“

„Neben dem Ausbau des Netzes brauchen wir dringend ein bundesweites Roaming. Dadurch könnten Nutzer*innen auch die Netze anderer Anbieter nutzen. So könnte die vorhandene Infrastruktur effektiver genutzt und die Mobilfunkversorgung verbessert werden.“